

Grünen und der Fraktion der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Der guten Ordnung halber frage ich, ob sich eine Kollegin oder ein Kollege der Stimme enthalten will. – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 17/7912** vom Hohen Hause **abgelehnt** wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe auf:

3 Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/6726 – Neudruck

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Familie, Kinder und Jugend
Drucksache 17/7934 – Neudruck

zweite Lesung

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7968

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7969

Es wäre sehr freundlich, wenn beim Verlassen des Raumes in Bezug auf die Akustik sichergestellt würde, dass für alle, die im Saal bleiben, ein geordneter Debattenverlauf möglich ist.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die **Fraktion der SPD schriftlich und formgerecht die Durchführung einer dritten Lesung beantragt hat**. Diese soll auf Vorschlag der Fraktion der SPD nicht im Anschluss an die zweite Lesung, sondern **morgen erfolgen**.

Dies vorweggeschickt, eröffne ich nun die Aussprache. Ich darf für die Fraktion der CDU dem Abgeordneten Kamieth das Wort erteilen. Er steht auch schon hier; wunderbar. Lieber Herr Kollege Kamieth, bitte sehr. Sie haben das Wort.

Jens Kamieth (CDU): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Die Reform der Kita-Finanzierung wurde bis zur Regierungsübernahme durch CDU und FDP viel zu lange vernachlässigt.

(Vereinzelte Beifall von der CDU und der FDP)

Die Folge war eine strukturelle Unterfinanzierung des Systems der Kinderbetreuung in unserem Land.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Das war keine Folge! Das war die Ursache!)

Dadurch wurden die Trägervielfalt und die Qualität der frühkindlichen Bildung akut gefährdet.

Die Leidtragenden dieser Tatenlosigkeit waren die Kinder, die Eltern, die Fach- und Ergänzungskräfte, die Tagespflegepersonen und die Kita-Träger in Nordrhein-Westfalen.

Gerade in vielen Gesprächen mit den Erzieherinnen und Erziehern ist immer wieder deutlich geworden, wie tief der Frust sitzt, wie sie unter der täglichen hohen Arbeitsbelastung leiden und wie gering das Zutrauen in Politik noch ist. Das sind die Folgen rot-grüner Politik.

(Vereinzelte Beifall von der CDU und der FDP – Widerspruch von der SPD)

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Situation haben wir unmittelbar nach der Regierungsübernahme ein Kita-Träger-Rettungsprogramm im Umfang von einer halben Milliarde Euro beschlossen. Daran anknüpfend hat ein Übergangsgesetz mit einem Volumen von 450 Millionen Euro für das aktuell laufende Kindergartenjahr die Qualität und die Kontinuität abgesichert.

Jetzt machen wir, die NRW-Koalition aus CDU und FDP, die Kita-Finanzierung mit unserem neuen Kinderbildungsgesetz zukunftsfest. Ab dem Kita-Jahr 2020/2021 investieren Bund, Land und Kommunen in einem gemeinsamen Kraftakt jährlich 1,3 Milliarden Euro zusätzlich in das System der Kinderbetreuung in Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren, das neue Kinderbildungsgesetz ist das Herzstück der offensiven Familienförderung von NRW-Koalition und Landesregierung. Es wird zum Kindergartenjahr 2020/2021 in Kraft treten.

Ich möchte heute gerne die Gelegenheit nutzen, die Kernpunkte des neuen Kinderbildungsgesetzes noch einmal kurz zu umreißen.

Erstens. Auf Grundlage des Paktes für Kinder und Familien, den Herr Minister Dr. Joachim Stamp mit den Kommunen geschlossen hat, investieren das Land und die Kommunen 750 Millionen Euro für die grundständige Ausfinanzierung des zweiten Personalwertes, also für mehr Personal. Wir alle wissen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – und hier insbesondere die pädagogischen Fachkräfte – der wichtigste Faktor für eine qualitativ hochwertige Bildung sind. Wenn wir hier jährlich 750 Millionen Euro zusätzlich investieren, bedeutet das also 750 Millionen Euro mehr für beste frühkindliche Bildung in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Hinzu kommt: Durch die neu gestaltete Dynamisierung schaffen CDU und FDP echte Nachhaltigkeit. Mit dem neuen KiBiz orientiert sich der automatische Aufwuchs der Mittel an den tatsächlichen Personal- und Sachkostensteigerungen.

Dass dies so verwirklicht werden konnte, verdanken wir dem herausragenden Verhandlungsgeschick unseres Familienministers

(Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

und – das will ich ausdrücklich hinzufügen – zukunftsorientierten Kommunen, denen beste Bildung unserer Kinder genauso ein Herzensanliegen ist wie uns. Hier haben das Land und die Kommunen für die Bildungschancen und den Bildungserfolg unserer Kinder Hand in Hand gearbeitet. Dafür bin ich sowohl unserem Minister Dr. Stamp als auch den Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Spitzenverbände und der kommunalen Familie insgesamt sehr dankbar.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Lachen von der SPD – Zuruf von der SPD: Ist doch super! Einer freut sich! – Gegenruf von der SPD: Wenigstens einer!)

Zweitens. Neben den bereits erwähnten 750 Millionen Euro für mehr Personal investieren wir weitere 220 Millionen Euro für weitere Qualitätsverbesserungen in den Kitas und in der Kindertagespflege. Ganz konkret bedeutet das eine strukturelle Stärkung der Fachberatung, eine Ausweitung der alltagsintegrierten Sprachförderung und finanzielle Anreize für Kita-Träger, die neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausbilden.

Drittens. Ich komme zum nächsten Punkt: mehr Flexibilität. Für uns ist Vereinbarkeit von Familie und Beruf kein Lippenbekenntnis. Deshalb investieren Land und Kommunen mit dem neuen KiBiz aufwachsend in die Verwirklichung bedarfsorientierter Betreuungs- und Öffnungszeiten. Uns ist dabei wichtig: Ein Mehr an Flexibilität kann nur dann verwirklicht werden, wenn es uns gelingt, zusätzliche Kräfte in die Kitas zu bringen.

Deswegen noch einmal ganz konkret: Wir wollen sozialräumlich differenzierte, an den Bedarfen der Eltern orientierte und im Einklang mit den personellen Möglichkeiten der Kitas stehende Flexibilität. Zur Verwirklichung dieses Zieles stellen wir aufwachsend bis zu 100 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Das ist ein wesentlicher, wichtiger Teil zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Viertens. Mit dem neuen KiBiz verbinden wir eine Kita-Platz-Ausbaugarantie. Meine Damen und Herren, das ist ein wahrer Paradigmenwechsel in der Politik. Denn auf den Punkt gebracht bedeutet das, dass jeder genehmigungsfähige Kita-Platz in den Jugendamtsbezirken bis zum Ende der Legislaturperiode gefördert und umgesetzt werden kann.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch Quatsch! Die meisten werden doch gar nicht mit Investitionsmitteln gefördert!)

Ich wiederhole es noch einmal: Jeder genehmigungsfähige Kita-Platz wird vom Land investiv gefördert, und zwar ohne Deckel, wie es der Minister gestern nochmals betont hat. Das bedeutet: Die Zeiten ausgeschöpfter Investivmittel sind vorbei.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Und was ist mit den Mieteinrichtungen?)

Das ist das Verdienst dieser von CDU und FDP geführten Landesregierung. Andere reden über Kita-Platz-Ausbau. Wir machen ihn möglich.

(Beifall von der CDU)

Finanzielle Hinterlegung: 115 Millionen Euro jährlich, plus nicht verausgabte Mittel aus dem Einzelplan 07, dank eines von CDU und FDP entsprechend beschlossenen Haushaltsvermerkes.

(Zuruf von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben es von Anfang an gesagt: Wir wollen in erster Linie zum Wohle unserer Kinder die Qualität frühkindlicher Bildung verbessern.

Wie wir das erreichen, wiederhole ich an dieser Stelle gerne noch einmal: 750 Millionen Euro für den wichtigsten Faktor „mehr Personal“, des Weiteren eine strukturelle Stärkung der Fachberatung für Kitas und Kindertagespflege, deutlich mehr Mittel für alltagsintegrierte Sprachförderung sowie Ausbildungszuschüsse, um schon heute die Fachkräfte von morgen auszubilden.

Für die beschriebenen Maßnahmen zur Steigerung der Qualität frühkindlicher Bildung investieren wir rund 1 Milliarde Euro.

Fünftens. Damit komme ich auch zum nächsten Punkt, der Einführung eines weiteren elternbeitragsfreien Kita-Jahres. Mit zusätzlich 230 Millionen Euro entlasten wir gezielt die Eltern in unserem Land. Das kann für eine Familie eine finanzielle Entlastung von mehreren Hundert Euro pro Monat bedeuten.

(Zuruf von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Als christlich-liberale Koalition war es uns wichtig, auch die Leistungsträger, die arbeitende Mitte unserer Gesellschaft – Kollege Dahm hat sie beim vorigen Punkt „Menschen mit normalem Einkommen“ genannt –, finanziell zu entlasten.

(Sarah Philipp [SPD]: Besser spät als nie!)

Denn das sind die Menschen, die jeden Morgen aufstehen und das erarbeiten und erwirtschaften, was wir mit der Aufstellung des Haushaltes an anderer Stelle verteilen.

Wir haben in unserem Koalitionsvertrag versprochen, einen weiteren Schritt in die Beitragsfreiheit zu

machen. Auch diesen Schritt lösen wir mit der Reform des KiBiz ein.

(Zuruf von der SPD: Wenn der Bund es bezahlt!)

Die Menschen können sich auf das gegebene Wort von CDU und FDP verlassen. Das unterscheidet uns übrigens von anderen Kräften in diesem Hohen Hause.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, es ist richtig; mit dem neuen Kinderbildungsgesetz wird nicht alles anders. Aber es wird vieles besser. Ganz konkret bedeutet das deutlich höhere Kindpauschalen, mehr Mittel für Familienzentren, mehr Mittel für die alltagsintegrierte Sprachförderung, angehobene Zuschüsse für die Kindertagespflege, mehr Geld für Fortbildung und Qualifizierung, mehr Mittel für flexiblere Öffnungszeiten, eine Kita-Platz-Ausbaugarantie sowie ein weiteres elternbeitragsfreies Kita-Jahr.

CDU und FDP haben darüber hinaus für diese Sitzung einen Änderungsantrag eingebracht, mit dem wir Impulse aus der Anhörung und aus zahlreichen Gesprächen aufgenommen haben. Die Anpassungen machen das KiBiz zu einem noch besseren Gesetz.

Ich möchte allen sehr herzlich danken, die in den vergangenen Monaten konstruktiv am politischen Gestaltungsweg hin zu dem neuen KiBiz beteiligt waren. Danken will ich insbesondere Herrn Minister Dr. Stamp, Herrn Staatssekretär Andreas Bothe, den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums sowie

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Und dem FC Schalke 04!)

unserem Koalitionspartner, allen voran dem Kollegen Marcel Hafke, für die außerordentlich gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Ich bin stolz darauf, dass wir mit dem neuen Kinderbildungsgesetz einen wichtigen Beitrag für eine gute Zukunft unserer Kinder und damit für die Zukunft unseres Landes leisten werden. Ich bin der festen Überzeugung: Heute ist ein guter Tag für die Kinder und Familien in Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Kamieth. – Für die Fraktion der SPD hat nun Herr Kollege Dr. Maelzer das Wort. Bitte sehr.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es um die KiBiz-Reform geht, werfen Sie, Herr Minister Dr. Stamp, gerne mit Superlativen um sich. Dann ist vom Meilenstein für die frühkindliche Bildung oder vom großen Wurf die Rede.

Insbesondere zu der selbstgewissen Rede des Kollegen Kamieth fällt mir nur ein Satz ein: Man ist noch längst kein Superheld, wenn man sich selbst für super hält. – Das passt zu dieser Rede.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Denn spricht man mit Erzieherinnen und Erziehern, erzählen sie einem nichts vom großen Wurf, sondern sprechen von einer großen Enttäuschung. Sie wollten nicht nur Kosmetik. Das ganze System sollte stattdessen von Grund auf reformiert werden. Die Kindpauschale sollte durch eine solide Sockelfinanzierung ersetzt werden, damit Kitas nicht weiter von der Hand in den Mund leben müssen.

(Beifall von der SPD)

Ich weiß; das wollen Sie alles nicht wahrhaben. Darum haben Sie sich auch geweigert, die 80.000 Protestunterschriften gegen Ihre KiBiz-Pläne entgegenzunehmen. Darum haben Sie auch die Anliegen von mehr als 10.000 Erzieherinnen und Erziehern bei der Großdemonstration in Düsseldorf ignoriert. Darum hat Sie auch das vernichtende Urteil bei der Parlamentsanhörung nicht zum Umdenken gebracht.

Trotz einzelner Verbesserungen, etwa bei plusKITAs und Familienzentren, die übrigens ausschließlich durch Bundesgeld finanziert werden, bleibt es beim Urteil der Experten über das KiBiz: Die Auskömmlichkeit ist nicht erreicht, die Planungssicherheit wird verfehlt, und die Qualität stagniert bestenfalls.

(Beifall von der SPD)

Dafür gibt es Gründe. Denn die Reform des KiBiz gleicht einem Hindernislauf, für den man durchaus einen langen Atem braucht. Niemand käme auf die Idee, sich für einen solchen Lauf in ein Korsett zwingen zu lassen, das einem die Luft zum Atmen nimmt. Aber genau dieses Korsett wurde Ihnen von Anfang an aufgezwungen, Herr Minister Stamp. Denn Sie sollten ein System reformieren, dessen Strukturen Armin Laschet als Familienminister entworfen hatte.

(Beifall von der SPD und Josefine Paul [GRÜNE])

Nun kann ich mir vorstellen, wie schwer es ist, zu sagen: Hey, Chef, Sie haben damals einen Fehler gemacht.

(Marcel Hafke [FDP]: So schon mal gar nicht!)

Ein starker Chef hätte Ihnen die Freiheit gelassen, dieses System infrage zu stellen. Doch Ihr Chef heißt Armin Laschet. Deshalb konnte Ihr Entwurf nichts anderes werden als eine Fortschreibung des KiBiz.

(Beifall von der SPD und Josefine Paul [GRÜNE])

Das zweite Korsett wurde Ihnen allerdings nicht aufgezwungen. In dieses Korsett haben Sie sich ganz freiwillig begeben, als Sie sich im Januar dieses Jahres dafür entschieden haben, keinen Kompromiss mit den freien Trägern zu suchen, sondern einseitig mit den Kommunen einen Pakt zu schließen.

Ja, die Kommunen sind ein zentraler Partner. Die freien Träger, die 75 % der Kitas betreiben, sind es aber auch.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Träger, Gewerkschaften und Eltern vor vollendete Tatsachen zu stellen, war eine Fehlentscheidung, die sich durch den gesamten Prozess gezogen hat und die unser Kita-System noch bitter bereuen wird.

(Beifall von der SPD und Josefine Paul [GRÜNE])

Denn was mussten wir beispielsweise von der katholischen Kirche im Erzbistum Paderborn hören? Es steht die Gefahr im Raum, dass Kitas abgegeben werden müssen. Und Frau Siemens-Weibring von der Diakonie RWL sagt ganz klar: Wir werden Träger verlieren, weil die Finanzierung nicht auskömmlich ist.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

In diese Entwicklung rennen Sie sehenden Auges, weil Sie sich jeder Beinfreiheit beraubt haben. Jeder noch so berechtigte Hinweis – sei es von Wissenschaftlern, sei es von Trägern, sei es von Gewerkschaften – musste vom Tisch gewischt werden und konnte im Gesetzgebungsprozess kein Gehör mehr finden, weil Sie aus diesem Korsett nicht mehr herausgekommen sind.

Noch immer verlangt das KiBiz von Trägern unrealistisch hohe Eigenanteile. Die Trägervielfalt hängt mehr denn je davon ab, ob Städte und Gemeinden Trägeranteile übernehmen wollen und vor allen Dingen können. Mit diesem Problem lassen Sie die Jugendämter völlig allein.

Noch immer ist das KiBiz-System nicht auskömmlich. Hinweise der freien Träger auf eine Finanzierungslücke bei den Sachkosten haben Sie als unseriös abgekanzelt und einfach vom Tisch gewischt. So geht man nicht mit Partnern um, die wir für den weiteren Platzausbau im Land noch dringend brauchen werden.

(Beifall von der SPD und Josefine Paul [GRÜNE])

Die Kita-Träger sind also der große Verlierer dieser Reform. Aber stehen wenigstens die Erzieherinnen und Erzieher auf der Gewinnerseite? Nein, das tun sie nicht.

Herr Hafke, ich kann mich noch gut an Ihr Mantra erinnern, das Sie hier jahrelang vorgetragen haben, die Bürokratie in den Kitas müsse verringert werden. Wo ist denn der Bürokratieabbau in Ihrem Gesetzentwurf? Jahrelang haben Sie hier die Backen aufgeblasen. Und jetzt? Pustekuchen!

(Beifall von der SPD)

Schon die Überschrift Ihres Gesetzentwurfs ist eine Mogelpackung.

Die Qualität wird nicht weiterentwickelt. Die Personalstandards bleiben unverändert. Es bleibt bei der großen Arbeitsbelastung. Oder, wie es in der Anhörung hieß: Dieses Gesetz bedeutet nicht eine Minute Verbesserung. – Gleiches gilt für die Tagespflege, bei der Sie die Ausweitung von Betreuungsverträgen zulasten der Qualität ins Gesetz schreiben.

Wenn die Kommunen Verlierer Ihres Gesetzes sind, wenn die Kita-Träger Verlierer Ihres Gesetzes sind, wenn die Erzieherinnen Verlierer Ihres Gesetzes sind, dann können die Kinder eben nicht Gewinner Ihres Gesetzes sein.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

So ist es: Das Kindeswohl steht nicht im Mittelpunkt Ihrer KiBiz-Fortschreibung. Dafür brauchen wir eine auskömmliche Finanzierung unserer Kitas. Dafür brauchen wir sichere Beschäftigungsverhältnisse. Dafür brauchen wir bessere Personalkraft-Kind-Schlüssel. Dafür brauchen wir Erzieherinnen mit mehr Zeit bei den Kindern.

All das liefert Ihr Gesetz nicht. Denn dafür müssen wir raus aus dem KiBiz-Korsett, das sich immer mehr als Zwangsjacke für die frühkindliche Bildung in Nordrhein-Westfalen erweist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Maelzer. – Für die Fraktion der FDP hat nun Herr Abgeordneter Hafke das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute ist ein wichtiger Tag für die Chancengerechtigkeit der Kinder in unserem Land. Bemerkenswert ist das, was die SPD hier aufgeführt hat. Nach einer siebenjährigen Regierungszeit, an deren Ende sie nur ein großes Desaster zurückgelassen hat,

(Karl Schultheis [SPD]: Das hat uns Armin Laschet hinterlassen!)

hier so die Backen aufzupusten, statt mit Demut an solch eine Debatte heranzugehen

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Du bist der Richtige für Demut!)

und konstruktive Vorschläge zu machen, was man verbessern kann, damit die Situation in unserem Land besser wird, finde ich schon bemerkenswert. Schließlich hatten Sie die Zeit, um das zu verändern, aber Sie haben es nicht hinbekommen.

Nach Ihrer Regierungszeit ist die Situation in Nordrhein-Westfalen katastrophal gewesen. Es war sogar so schlimm, dass wir zwei Rettungspakete auf den Weg bringen mussten, damit überhaupt noch ausreichend Träger in diesem Land bereit waren, die Situation, in der sich unsere Kitas befunden haben, in den Griff zu bekommen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, weil Sie sieben Jahre nichts gemacht haben – im Übrigen haben Sie damals nicht mal Eckpunkte oder überhaupt Ideen formuliert –, haben wir die letzten zwei Jahre genutzt, um entsprechende Verabredungen und Vereinbarungen für eine tragfähige Lösung in der frühkindlichen Bildung zu treffen. Wir haben das gemacht, wozu Sie nicht imstande waren: Wir haben erstens für eine auskömmliche frühkindliche Bildung und dafür gesorgt, dass die Personalkosten komplett gegenfinanziert sind, und das, ohne Träger und Eltern in diesem Land zu belasten. Das ist einer der großen Erfolge, die wir dem Minister zu verdanken haben, dass 750 Millionen Euro genau dorthin fließen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Damit wir diese Debatte in den nächsten Jahren nicht noch einmal führen müssen, haben wir eine Dynamisierung hinterlegt.

Gleichzeitig stärken und verbessern wir die Qualität und die Rahmenbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen. Wir sorgen einerseits für eine Verbesserung der Fachberatung und schreiben andererseits erstmalig Leitungszeiten und Verfügungszeiten konkret ins Gesetz. Auch das haben Sie damals nicht hinbekommen, und auch jetzt haben Sie keine konkreten Vorschläge dafür geliefert.

Ich denke, wenn die SPD über Bildungserfolge sprechen möchte – ihr ist das ja eigentlich ein Herzenthema –, dann muss sie viel mehr darüber sprechen, wie wir die Sprache in den Vordergrund stellen und die Sprachförderung nach vorne bringen. Wir investieren zukünftig 100 Millionen Euro und mindestens 30.000 Euro pro Einrichtung für die Verbesserung der Sprachförderung. Das ist ein wichtiger Beitrag für die Chancengerechtigkeit in unserem Land.

Weiterhin werden ein Drittel aller Kinder unter drei Jahren in der Tagespflege betreut; das ist ein ganz wichtiger Baustein in der frühkindlichen Bildung. Auch hier verbessern wir die Rahmenbedingungen deutlich: Wir investieren 30 % mehr in die Tagespflege und schreiben erstmalig ins Gesetz hinein, dass Krankheit, Fortbildung und Vertretung bei der

Großtagespflege und der normalen Tagespflege entsprechend vergütet werden müssen. Das ist gerade für diese Berufsgruppe entscheidend und ein qualitativer Schritt nach vorne.

Einigkeit sollte in diesem Haus auch darin bestehen, dass die Familienzentren ein wichtiger Baustein sind. Sie sind ein niedrigschwelliges Angebot, um Familien zu unterstützen. Auch diese verbessern wir; sie bekommen mehr Leistungen.

Wenn wir Qualität wollen, brauchen wir ausreichend Personal und gut ausgebildetes Personal. Da sind wir uns einig. In meiner Zeit als Oppositionspolitiker habe ich Frau Schäfer und Frau Kampmann immer wieder darauf hingewiesen, dass wir beim Thema „Ausbildung“ etwas machen müssen. Schon damals hat die Bertelsmann Stiftung gesagt, dass 16.000 Erzieherinnen und Erzieher in diesem Land fehlen würden. Die beiden Ministerinnen haben sich damals weggeduckt, sie wollten diese Debatte nicht einmal führen. Das Ergebnis sehen wir heute: Überall im Land haben wir zu wenig Personal, und deswegen ist es richtig und wichtig, dass wir nun auch in die Ausbildung investieren und Anreize schaffen, damit in unserem Land in Zukunft mehr ausgebildet wird.

(Beifall von der FDP)

Dabei geht es nicht nur um Bildung, sondern auch um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das will ich insbesondere unter dem Aspekt sagen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur etwas mit der Ausübung eines Berufs zu tun hat. Vielmehr hat sie auch etwas mit Armutsbekämpfung und der Verhinderung von Kinderarmut zu tun. Deshalb setzen wir darauf, die Randzeiten flexibler zu gestalten.

Insofern möchte ich als Appell protokollarisch festhalten: Diese zusätzlichen flexiblen Betreuungszeiten werden nicht aus dem Bestand finanziert und organisiert, sondern zusätzliches Personal vorhanden ist, mit zusätzlichem Geld, sodass es auch in Zukunft möglich ist, gerade in den Randzeiten sein Kind abzugeben und seinem Beruf nachzugehen. Das hat etwas mit Armutsbekämpfung zu tun und ist deswegen ein ganz wichtiger sozialer Schritt hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich empfehle uns allen – und auch darauf hätte die SPD positiv eingehen können –, zwei Felder nicht gegeneinander auszuspielen, sondern auf diesen voranzukommen.

Wir sorgen einerseits für Qualität. Wir verbessern die Bildung.

Andererseits sorgen wir dafür, dass Eltern in unserem Land nicht mehr so stark belastet werden. Wir führen nämlich ein weiteres beitragsfreies Jahr ein. Ich denke, auch das ist entscheidend. Denn man

kann keinem Menschen in Nordrhein-Westfalen erzählen, dass für einen Kita-Platz in Mülheim an der Ruhr 800 Euro und in Düsseldorf null Euro pro Monat bezahlt werden müssen. Deswegen ist es so wichtig, das nach vorne zu bringen.

(Marc Herter [SPD]: Sie haben doch diese Zustände eingeführt!)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen noch etwas zu dem sagen – denn das finde ich entscheidend für diese Debatte –, was die SPD im Ausschuss gefordert hat. Das hat sie in dieser Konkretheit heute leider nicht getan, es steht nur in ihrem Entschließungsantrag. Wenn all das hier Realität würde, müssten zusätzlich mindestens 1,5 Milliarden Euro pro Jahr investiert werden.

Sie haben nicht einen Vorschlag gemacht, woher dieses Geld kommen soll. Sie wecken bei den Betroffenen, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesem Land, bei den Erzieherinnen, bei den Eltern, Erwartungen, die Sie selbst sieben Jahr lang nicht erfüllen konnten und jetzt nicht erfüllen können, anstatt sich an einer Debatte zu beteiligen und konkret für Verbesserungen zu sorgen, die den Menschen vor Ort helfen.

Das wäre anständige sozialdemokratische Politik. Sie sind nicht mehr in der Lage dazu. Das spiegeln die Umfragen wider.

Deswegen machen wir jetzt genau das, aber mit seriösen Vorschlägen und einer seriösen Gegenfinanzierung. Das ist das, was die Menschen in Nordrhein-Westfalen brauchen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie haben heute die Chance, sich daran zu beteiligen, dass es in der frühkindlichen Bildung in Nordrhein-Westfalen weitergeht. Ich bin froh, dass wir diese Debatte in der Art und Weise führen, weil damit klar wird, was Schwarz und Gelb in Nordrhein-Westfalen auf den Weg bringen und dazu beiträgt, dass Chancengerechtigkeit und weltbeste Bildung von Anfang an funktionieren. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Paul das Wort.

Josefine Paul^{*)} (GRÜNE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben gestern über den Chancenhaushalt des Ministers beraten und vollmundige Worte des Ministers gehört. Auch gerade wurde von der weltbesten Bildung und dem ganz großen Wurf, der immer erwartet

wurde, gesprochen. Auf diesen ganz großen Wurf warten wir – ehrlich gesagt – immer noch. Wir warten immer noch sowohl auf den großen Wurf als auch auf die weltbeste Bildung für dieses Land. Mit diesem „Chancenhaushalt“, dem KiBiz und dem KiBiz-Reformchen wird nichts anders getan als eine große Chance vertan.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Es ist keine grundlegende Reform, es ist kein grundlegender Systemwechsel, sondern Sie doktern an einem kaputten System herum, Herr Minister.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch wir diskutieren nicht weg, dass es mehr Geld im System gibt.

Erstens braucht man auch mehr Geld im System, wenn man mehr Kinder im System hat. Das ist in sich logisch.

Zweitens ist die Frage, was man mit dem Geld macht, das man mehr ins System gibt. Es ist doch die Frage, ob man einfach nur oben Geld hineinkippt und dann guckt, was die anderen Player mit dem Geld machen, ob man die Träger, die Kinder, die Erzieherinnen und Erzieher, die Kommunen mit dieser Verantwortung alleine lässt oder ob man bewusst versucht, in die Steuerung zu gehen. Nein, Herr Minister, diese Steuerung nehmen Sie mit diesem Gesetzentwurf nicht vor.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Auskömmlichkeit ist in der Fachanhörung breit diskutiert worden. In dieser Anhörung hat die Freie Wohlfahrtspflege deutlich gesagt, dass die Auskömmlichkeit über die Gesamtkosten – und darauf kommt es am Ende des Tages an – nicht sichergestellt ist. Die Expertinnen und Experten in der Anhörung haben gesagt, die Personalkosten könnten im Status quo damit ausreichend finanziert sein, aber bezüglich der Sachkosten gibt es nach wie vor eine Lücke. Die diskutieren Sie immer einfach weg und wischen sie vom Tisch. Herr Minister Stamp, aus dieser Lücke wird eine Stamp-Lücke werden, und die wird Ihnen auf die Füße fallen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Warum fällt Ihnen das auf die Füße? – Zwei Drittel der Träger in diesem Land sind freie Träger. All die Defizite, die Ihnen die Freie Wohlfahrtspflege und die kirchlichen Träger ins Stammbuch geschrieben haben, haben Sie einfach ignoriert. Bei der Erarbeitung der Eckpunkte haben Sie nicht mit denen geredet.

Ich kann nachvollziehen, dass Sie gesagt haben, der entscheidende finanzielle Player und Partner an dieser Stelle sind die Kommunen. Deshalb ist es auch richtig, dass Sie sich mit den Kommunen an einen

Tisch gesetzt und etwas gemeinsam ausgehandelt haben.

Aber warum Sie mit denjenigen, die am Ende die Arbeit vor Ort machen und die über Trägeranteile etc. auch ihren Beitrag leisten, nicht geredet haben, das wird Ihr Geheimnis bleiben. Das ist ein großer Fehler im gesamten Gesetzgebungsprozess.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben ohne Not die Szene und diejenigen, die die Arbeit in diesem Land verrichten, gegen sich aufgebracht.

(Marcel Hafke [FDP]: Falsch!)

– Da können Sie ruhig rufen, dass das falsch ist. Sie haben uns gegenüber ja auch immer wieder erklärt, Sie hätten mit denen geredet. Wir haben auch mit denen geredet. Aber es ist doch ein Unterschied, ob ich vorher die Leute tatsächlich zu Partnern im Diskussionsprozess mache oder ob ich sie anschließend vor vollendete Tatsachen stelle und ihnen das beim Kaffee berichte. Sie haben das über deren Köpfe hinweg entschieden.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Marcel Hafke [FDP]: Auch das ist falsch!)

Sie haben das System nicht reformiert. Sie halten an den Kindpauschalen fest, obwohl Ihnen alle Expertinnen und Experten sagen, dieses System gewährleistet nicht die Verlässlichkeit und Planbarkeit im Finanzierungssystem. Es wäre richtig gewesen, den Mut für weltbeste Bildung und für den ganz großen Wurf, von dem Sie hier sprechen, aufzubringen, indem Sie jetzt endlich die Einrichtungsfinanzierung auf den Weg bringen und von den Kindpauschalen abkehren.

Ein weiterer großer Punkt, der Ihnen beispielsweise von kommunalen Vertretern in der Anhörung attestiert worden ist: Dagmar Beckhaus aus Solingen hat sehr deutlich gemacht, dass auch die Sonderförderung, also die freiwillige Übernahme von Trägeranteilen sowie die freiwillige Übernahme von Betriebskostenanteilen, weiterhin in diesem System erwartet wird. Das belastet die Kommunen zusätzlich, und zwar sehr unterschiedlich.

So viel zur Kommunalpartei FDP. Sie machen sich an vielen Punkten einen schlanken Fuß auf Kosten der Kommunen und der Träger.

(Beifall von den GRÜNEN)

Hinter dem Geld – und das ist das Entscheidende – stehen vor allem Menschen. Qualität in Kitas kommt durch Fachkräfte. Die Fachkräfte in den Kitas machen die Qualität aus. Lieber Herr Kollege Kamieth, dazu braucht es ein bisschen mehr als Sonntagsreden. Sie haben wieder einmal mantraartig vorgetragen, dass mit Ihrem neuen KiBiz-Gesetz und mit

mehr Geld alles viel schöner wird. Aber auch da kommt es darauf an, ob das Geld dort ankommt, wo Verbesserungen wirklich notwendig sind. Auch das ist leider eine große Enttäuschung.

Bezüglich der Fachkraft-Kind-Relation sind wir in diesem Land nach wie vor weit entfernt von einer Relation, die wirklich zu einer qualitativen Verbesserung sowohl der frühkindlichen Bildung als auch der Arbeitsbedingungen führen würde.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Zu den Verfügungszeiten: Ja, Sie haben Verfügungszeiten mit eingepreist, aber in einem viel zu geringem Maße.

Auch bei der Personalbemessung ist nicht das passiert, was der Realität in den Kitas in unserem Land tatsächlich Rechnung tragen würde. Denn die notwendige personelle Absicherung der Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder in den Kitas in Nordrhein-Westfalen wird jetzt auf die Träger abgewälzt. Sie haben das den Trägern vor die Füße gekippt und gesagt, für diese personelle Absicherung müssten sie sorgen. – Das hätte in der Personalbemessung verankert werden müssen. Das wäre richtig gewesen. Das hätte den Erzieherinnen und Erziehern in den Kitas in Nordrhein-Westfalen wirklich geholfen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn es geht nicht nur um die Frage der Fachkräftegewinnung, sondern vor allem darum, dass wir die Fachkräfte im System halten. Wir haben in diesem System – das kann man niemandem verübeln – eine viel zu hohe Job-out-Quote und hohe Krankenstände. Deshalb ist es so wichtig, dass wir dort für Entlastung sorgen. Das würde man erreichen, indem man im Gesetz ein vernünftiges Gesundheitsmanagement verpflichtend festschreibt.

Das würde man im Übrigen auch dadurch erreichen, dass man die Personalbemessung an der Stelle vernünftig anpasst. Aber diese Gelegenheit wurde leider versäumt.

Genauso wurde es leider versäumt, Verwaltungs- und Hauswirtschaftskräfte vernünftig durch dieses Gesetz abzusichern. Das würde pädagogisches Personal entlasten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Freude der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen ist ja ganz offensichtlich groß. Genauso groß ist das Eigenlob, und das scheint mir auch dringend notwendig zu sein; denn außer Ihnen loben gar nicht so wahnsinnig viele dieses Gesetz.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Der Minister hat immer wieder darauf hingewiesen, man sei offen für Änderungsbedarfe, wenn im Gesetz nachgesteuert werden müsse. Die Anhörung

hat gezeigt: Die Änderungsbedarfe liegen ganz offen auf dem Tisch. Allein: Passiert ist gar nichts.

Und wie gehen diese Koalition und dieser Minister eigentlich generell mit Kritik um? – Man kommt immer irgendwie zu dem Schluss, dass man generell nicht kritisiert werden möchte. Der Kollege Maelzer hat schon darauf hingewiesen: 80.000 Unterschriften wurden mehr oder weniger ignoriert. 10.000 Erzieherinnen und Erzieher waren bei einer Demo auf den Rheinwiesen. Auch da hat man nicht so richtig mitgenommen, was an Impulsen sichtbar wurde.

Und dann sagen Sie bei der Einbringung des Gesetzes ein wenig lapidar:

„Es ist in solchen Gesetzgebungsverfahren zu diesem Zeitpunkt ganz normal, dass alle Seiten noch einmal Maximalforderungen aufstellen.“

Sie haben da von den Gewerkschaften, den Trägern und den Eltern gesprochen. In der Tat hätte man vielleicht vorher mal mit denen reden sollen. Dann hätten sie nicht quasi in Notwehr Maximalforderungen aufstellen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ihr Zitat geht weiter mit:

„Es gehört natürlich zum politischen Betrieb und zu einer lebendigen Demokratie dazu, dass jeder noch einmal seine Interessen nach vorne stellt.“

Herr Minister, ich glaube, zu gutem Regieren würde ebenfalls gehören, dass man denjenigen auch zuhört.

Zum Abschluss möchte ich noch einmal auf dieses Mantra zu sprechen kommen, das Sie hier vorgetragen haben – es war ja schon klar, dass diese Versatzstücke kommen –: dass es ein guter Tag für die Kinder in Nordrhein-Westfalen sei.

Ich möchte aber noch einmal deutlich darauf hinweisen: Die Erzieherinnen – 10.000 auf den Rheinwiesen, 80.000 Unterschriften – können sich dem nicht anschließen. Immerhin zwei Drittel der Kita-Träger in diesem Land haben deutlich gemacht, dass sie sich dem nicht anschließen können. Die Eltern sind aufgrund mangelnder Qualität auch nur mäßig zufrieden, und die Kommunen bewerten Ihren Gesetzentwurf sehr differenziert.

Wenn all die sich Ihrem Eigenlob nicht anschließen können, dann kann der Tag für die Kinder in Nordrhein-Westfalen so gut nicht sein.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Paul. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der AfD Frau Abgeordnete Dworeck-Danielowski das Wort.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die KiBiz-Reform bzw. richtig gesagt das Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung wurde seit Antritt Ihrer Amtszeit sehnlichst erwartet. Das eine oder andere Überbrückungsgesetz hat auch unsere Zustimmung gefunden, weil wir respektiert und verstanden haben, dass eine Reform gut durchdacht und abgestimmt werden muss und somit auch seine Zeit braucht.

Da ist es nun, das Gesetz, das die frühkindliche Bildung qualitativ weiterentwickeln soll. Diesem Anspruch wird Ihr Gesetz allerdings nicht gerecht. Es ist und bleibt vorrangig ein Gesetz, das die Finanzierung der Kitas verbessert.

Die große Expertenanhörung hat, wie zu erwarten war, zum wiederholten Male deutlich gemacht, dass die größte Herausforderung in diesem Zusammenhang der Fachkräftemangel ist. Für dieses Problem bietet Ihr Gesetz keine Lösung. Wir haben heute schon so wenig Erzieherinnen in den Kitas, dass regelmäßig zu wenig Personal für zu viele Kinder sorgen muss. Selbst die Bertelsmann Stiftung hat bemängelt, dass somit der Bildungserfolg für die Kleinen fraglich ist.

Die finanzielle Bezuschussung der praxisintegrierten Ausbildung – kurz: PIA – ist ein Tropfen auf dem heißen Stein. Ja, es macht Sinn, Quereinsteiger für diesen Beruf zu gewinnen. Aber insbesondere mit Blick auf den drastisch angestiegenen Betreuungsbedarf in Nordrhein-Westfalen für Kinder unter drei Jahren auf mittlerweile fast 50 % ist die Betreuungsarbeit kaum zu leisten.

Auch die Gewerkschaften haben in der Anhörung die Reserven an Erziehern als erschöpft dargestellt. Und so ist es nun einmal mit der Realität: Weder Sie, Herr Stamp, noch sonst wer wird sich die fehlenden Erzieher aus dem Hut zaubern können. Die Gruppe derer, die überhaupt diesen Beruf ergreifen können und wollen, ist endlich.

Die kommunalen Spitzenverbände haben trotz ihrer grundsätzlichen Zustimmung zum Gesetz in der Anhörung auch schon Schweißperlen auf der Stirn gehabt – nämlich beim Blick in die Zukunft, wenn der gesetzliche Anspruch auf die offene Ganztagsbetreuung in der Schule auf sie zukommt. Dann wird es für alle Träger noch enger. Dann brauchen wir noch mehr Erzieher.

Und wer sind die Leidtragenden? – Zuerst sind es die Kinder und insbesondere die Kleinsten – Kinder zwischen dem ersten und dem dritten Lebensjahr; Kinder, die noch den Bezug zu den Erwachsenen suchen und beständige, liebevolle Fürsorge brauchen. Sie bekommen aufgrund des gravierenden Personal Mangels nicht die Zuwendung, die sie brauchen.

Als Zweites ist es das Personal – wegen permanenter Überarbeitung, zu wenigen Kollegen, unverlässlicher Planung von Diensten und Urlaub und vor allem wegen der Unzufriedenheit darüber, dass man selbst mit großartigem Engagement und dem Willen, irgendwie alles zu schaffen, den Beruf nicht mehr so ausüben kann, wie man es eigentlich gelernt hat und für richtig hält.

Als Drittes sind es die Eltern. Sie reiben sich auf in dem Spagat, Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Und wenn dann beispielsweise zum dritten Mal innerhalb von einem Jahr die Erzieherin, die für das Kind zuständig ist, wechselt, kommen noch Zweifel und Gewissensbisse hinzu.

Herr Stamp, Ihr Gesetz bietet keinen glaubwürdigen Lösungsansatz für diese Probleme. Die Frage muss doch lauten: Wie kann man diese Abwärtsspirale aufhalten?

Wir vermissen eine Regelung, die es privatgewerblichen Anbietern leichter macht, auch als Träger für Großtagespflegen oder Kindertagesstätten einzutreten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nicht nur ein Wunsch bzw. eine Notwendigkeit von vielen Eltern; sie wird künftig auch für die Arbeitgeber ein immer wichtigeres Instrument sein, um gutes Personal zu finden und zu binden. Sie haben als FDP-Minister – das überrascht uns wirklich – die Chance vertan, neue Wege zu gehen.

Des Weiteren haben Sie es versäumt, Wahlfreiheit für junge Eltern zu schaffen. Wer heute auf finanzielle Unterstützung hofft, um gegebenenfalls die drei Jahre Elternzeit voll auszunutzen, wie es das Elternzeitgesetz ja auch vorsieht, geht leer aus. Wenn Sie von Wahlfreiheit sprechen, geht es immer nur in eine Richtung: dass ausreichend Kita-Plätze vorhanden sein müssen.

Als Mutter oder Vater muss ich aber auch die Wahl haben, ein Kleinkind selbst aufzuziehen. Diese Wahl haben zahlreiche Eltern eben nicht. Die Fremdbetreuung ist für das Gros der Eltern ein wirtschaftlicher Zwang.

Und auch hier betrachten wir wieder nur die Erwachsenen. Man müsste eigentlich auch den Kindern die Wahl lassen. Kinder sind sehr unterschiedlich: Die einen blühen in der Kita auf, für die anderen ist sie über einen langen Zeitraum hinweg jeden Morgen eine Qual. Eltern haben, Stand heute, nicht die Möglichkeit, auf ihr Kind zu schauen und die Betreuung zu wählen, die individuell für ihr Kind die beste wäre.

Sie haben bei Antritt Ihres Amtes als Minister beklagt, dass die Vorgängerregierung Ihnen einen Scherbenhaufen hinterlassen hat. Sie wollten aufräumen und eine Reform auf den Weg bringen, die die frühkindliche Bildung vom Kopf auf die Füße stellt. Ihre Reform wird diesem Anspruch nicht gerecht. Ihr Gesetz bleibt in einem System verhaftet, das mittelfristig an

seine Grenzen stoßen wird und zum Scheitern verurteilt ist.

Der Personalmangel und die immer größer werdende Anzahl von Kindern, die schon unter drei Jahren ganztägig die Kita besuchen, sind die Wurzeln des Problems. Mit ein bisschen mehr Geld hier und einem beitragsfreien Jahr dort wird sich an diesem Grundsätzlichen nichts ändern. Sie haben Ihre Chance vertan. Aber, wie sagt man so schön: Der Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung ändern kann. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg und sagen herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Dworeck-Danielowski. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

Dr. Joachim Stamp*, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn die Opposition eine dritte Lesung eines Gesetzentwurfs beantragt, so ist das ihr gutes Recht. Aber dann hätte ich erwartet, dass wir die zweite Lesung dazu nutzen, Alternativen, Änderungsanträge zu diskutieren, statt hier eine allgemeine Debatte zu führen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es ist auch eine Frage, wie ernst man sich als Parlamentarier nimmt. Da muss ich sagen: Es tut mir auch ein bisschen leid, lieber Herr Dr. Maelzer, weil ich Sie eigentlich persönlich sehr schätze,

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Ich Sie doch auch!)

dass Sie gar nicht merken, dass Sie hier ritualisiert das Parlamentskasperle machen, nachdem Sie in sieben Jahren nichts zustande bekommen haben, und dann erzählen, das sei hier eine schlechte Reform.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen will ich mich jetzt mit dem auseinandersetzen, was Frau Paul vorgetragen hat. Sie war damals nicht Mitglied in dem Fachausschuss. Insofern, finde ich, hat sie eine andere Herangehensweise als diejenigen, die an dem Verfahren immer beteiligt gewesen sind und die ganze Zeit nichts zustande gebracht haben. Ihre Fraktion damals war zwar auch beteiligt; ich möchte mich aber trotzdem mit dem, was Sie hier vorgetragen haben, noch einmal auseinandersetzen.

Sie haben von der „Stamp-Lücke“ gesprochen und die Sachkosten angesprochen, die sich angeblich so kumuliert haben. Das Entscheidende war, dass über all die Jahre, in denen wir gesprochen haben, in all

den Verhandlungen, die wir mit den Trägern, mit den Kommunen geführt haben, immer vorgetragen wurde, dass die Tarifsteigerungen bei den Personalkosten der Punkt sind, warum das KiBiz nicht mehr auskömmlich ist.

Sie haben gefragt, ob wir nicht mit den Trägern gesprochen hätten. Doch, ich habe x-mal mit den Trägern gesprochen. Ich kann auch alles belegen, wann wir mit wem gesprochen haben, wann wir das in der Fachabteilung thematisiert haben und wie oft ich alleine als Minister in der Spitzenrunde darüber gesprochen habe. Das gehörte auch dazu. Es ist doch völlig klar: Die Träger, die Kirchen sind ganz wichtige und entscheidende Player. Ich habe es auch immer wieder gesagt: Die Trägervielfalt ist dieser Landesregierung heilig. Davon werden wir auch keinen Zentimeter abrücken.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen habe ich die Träger auch über die Gespräche, die ich mit den Kommunen geführt habe, regelmäßig informiert.

Aber worum ging es denn bei den Gesprächen mit den Kommunen? Wir haben uns ganz bewusst dafür entschieden, dass wir diese Lücke, die in sieben Jahren Rot-Grün entstanden ist, eben nicht bei den Eltern abladen können und dass wir sie auch nicht bei den Trägern abladen können,

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Das ist Ihr Gesetz!)

sondern wir haben gesagt: Wir wollen mit den Kommunen Verhandlungen führen, damit wir uns das hälftig teilen und diese Lücke nicht zulasten von Eltern und Trägern geht. Deswegen mussten die langen und wirklich harten Verhandlungen mit den Kommunen geführt werden. Ich bin dankbar, dass wir das immer in fairer und verständiger Atmosphäre gemacht haben. Ich bin den Kommunen auch dankbar, dass wir zu so einem großartigen gemeinsamen Ergebnis gekommen sind.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir schaffen in dem Bereich die Schließung dieser Lücke, der Rot-Grün-Lücke.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe)

Wir bringen auch den nötigen Umfang mit, um so eine Lücke auszufüllen. Die Gespräche mit den Kommunalen haben auch manchmal dazu beigetragen.

Frau Kollegin Paul, Sie haben verschiedene Dinge angesprochen. Deswegen will ich noch einmal darauf eingehen, dass wir natürlich auch einen Fortschritt im Vergleich zur Vergangenheit dadurch haben, dass die Träger jetzt über die Möglichkeit verfügen, das, was bisher an Overhead nur zu 2 % anre-

chenbar war, auf 3 % zu erweitern. Das ist eine Steigerung um die Hälfte. Es ist natürlich eine zusätzliche Entlastung.

Was übersehen wird – das ist auch etwas, was wir nicht mit den Trägern vereinbaren mussten, sondern was ich vorher mit dem Finanzminister aushandeln musste –: Wir geben den Kommunen eine Platzausbaugarantie ohne irgendeinen Deckel. 25 % dieser Mittel können dafür verwendet werden, dass Plätze, die sonst wegfielen, erhalten bleiben können.

So viel zu dem Thema, wir täten nichts bei den Sachkosten. Natürlich tun wir da was, und zwar genau da, wo das Geld hingehört, nämlich in dem Bereich, in dem wir Plätze erhalten wollen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Darüber hinaus war es den Trägern, vor allem den Kirchen, sehr wichtig, dass nicht der Fehler passiert, den Rot-Grün sieben Jahre gemacht hat, nämlich keine vernünftige Evaluierung vorzunehmen. Gerade weil uns die Trägervielfalt wichtig ist, haben wir gesagt: Wir führen ein anständiges Monitoring durch, und dazu gehört eben, dass man von Anfang an evaluiert und diesen Prozess entsprechend weiter steuert. Genau das tun wir, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Kollegen Kamieth und Hafke, denen ich herzlich für die Zusammenarbeit und die enge Begleitung danke, haben eben ausführlich dargestellt, was wir alles an Qualitätsverbesserungen auf den Weg bringen. Ich muss das nicht alles wiederholen. Wir haben morgen die abschließende Debatte, in der wir auch das Gesamtwerk noch einmal entsprechend würdigen werden.

Frau Kollegin Paul, machen Sie sich doch einmal ehrlich:

Die 80.000 Unterschriften und die Demonstranten, die auf der Straße waren, gab es, bevor der Gesetzesentwurf da war und bevor man sich damit auseinandergesetzt hat.

(Zurufe von der SPD und Josefine Paul [GRÜNE])

Seitdem es eine Auseinandersetzung mit dem Gesetzesentwurf gegeben hat, sind die Demonstranten weg und finden auch keine Unterschriftensammlungen mehr statt.

(Beifall von der CDU und der FDP – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das ist unfassbar! Sie sitzen doch auch auf der Tribüne!)

Die haben doch gegen den Status quo demonstriert, den Sie nach sieben Jahren hinterlassen haben. Wenn Sie hier mit einem Finger auf uns zeigen, dann zeigen vier Finger auf Sie zurück, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, entschuldigen Sie, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage der Abgeordneten Kollegin Paul.

Dr. Joachim Stamp¹⁾, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Na klar.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr.

Josefine Paul¹⁾ (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Vielen Dank, Herr Minister, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Sie haben gerade darauf hingewiesen, dass die 80.000 Unterschriften und die Proteste auf den Rheinwiesen auf den von Rot-Grün hinterlassenen Status quo rekurrieren würden.

Wie erklären Sie sich dann, dass in der Anhörung – die offensichtlich zu Ihrem Gesetzentwurf war – Ihr Gesetzentwurf im Grunde genommen in der Luft zerrissen wurde?

Dr. Joachim Stamp¹⁾, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Vielen Dank für die Frage, Frau Kollegin Paul. – Der Gesetzentwurf ist in der Anhörung nicht zerrissen worden, aber er ist natürlich unterschiedlich bewertet worden.

(Josefine Paul [GRÜNE]: So kann man das auch formulieren!)

Wir wissen alle, dass bei diesem Thema ganz unterschiedliche Interessen im Spiel sind und es in diesem Prozess eine Aufgabe von Politik ist, in den Gesprächen mit den unterschiedlichen Interessenverbänden und den unterschiedlichen Partnern eine gemeinsame Richtung auszuloten und auszutarieren.

Auf einem Feld, auf dem es viele unterschiedliche Maximalpositionen gibt, werden Sie niemals allen zu 100 % gerecht werden können. Natürlich haben alle ihre Position mit harten Bandagen vertreten. Das war auch der Grund, warum die Vorgängerregierung letztlich zu feige war, sich innerhalb von sieben Jahren diesem Prozess zu stellen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir haben das in zwei Jahren gemacht, und deswegen freue ich mich über diesen Gesetzentwurf. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. – Für die Fraktion der SPD

hat nun Herr Abgeordneter Müller das Wort. Bitte sehr.

Frank Müller (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Stamp, Sie müssen schon ziemlich unter Druck stehen, wenn Sie den Kollegen Maelzer in dieser Debatte als Parlamentskaspar beschimpfen.

Aber diese Dünnhäutigkeit erleben wir ja nicht zum ersten Mal. Wenn man den Berichten, die man bei Besuchen bekommt, Glauben schenken darf, erleben auch andere Partnerinnen und Partner diese Dünnhäutigkeit sicherlich nicht zum ersten Mal.

(Beifall von der SPD)

Herr Kamieth, Sie haben sich gerade bei den herausragenden Verhandlern Stamp und Bothe bedankt. Ich möchte mich ganz herzlich für den Langmut der Erzieherinnen und Erzieher, den sie in dieser Never-ending-KiBiz-Story aufbringen müssen, bedanken.

(Beifall von der SPD – Thomas Nückel [FDP]: Sieben Jahre Versagen!)

Herr Minister Stamp, liebe Kolleginnen und Kollegen aus den regierungstragenden Fraktionen: Selbstzufriedenheit ist ein Wert an sich und auch ein pädagogisches Element in der pädagogischen Arbeit. Arbeiten Sie sich gerne weiter an uns ab, und berauschen Sie sich ruhig weiter an sich selbst. Das wird Sie allerdings irgendwann einholen. Sie haben ja gerade auch um weitere Proteste gebettelt.

(Beifall von der SPD – Vizepräsident Oliver Keymis löst Vizepräsidentin Angela Freimuth ab.)

Wie klein Ihr Problembewusstsein ist, Herr Minister, haben Sie in der „Rheinischen Post“ dokumentiert. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

(Heiterkeit)

– Gerade war es noch eine Präsidentin.

(Zuruf: War es? – Heiterkeit)

– So viel zum Thema „Diversität“ in diesem Parlament.

„Viele Punkte der Kritik der freien Träger haben sich relativiert, nachdem wir die Kita-Reform genauer erläutert haben“.

Also ist alles ein Verständnisproblem? – Offensichtlich, Herr Minister, leben wir auf zwei völlig verschiedenen Planeten. Gut ist wenig, und relativiert hat sich nichts.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das haben Ihnen landauf, landab auch alle gesagt. Aber das ficht Sie nicht an. Alle haben gesagt: Das Geld wird nicht reichen. Allein bei den Sachkosten

klafft nach wie vor eine Lücke. Sie wird nicht geschlossen.

Auch die Kommunen mit einem hohen Anteil an Einrichtungen in freier Trägerschaft kommt diese Reform teuer zu stehen. Bereits jetzt stehen schon die Übernahmen erster Anteile freier Träger infrage. Wenn das so kommt, haben Sie mit Ihrer Reform mal so richtig was gekonnt; dann schlägt das nämlich voll in die Landschaft durch.

(Zuruf von Lorenz Deutsch [FDP])

Aber Sie setzen dann noch einen drauf und sagen: Wenn es Nachbesserungsbedarf gibt, bin ich der Letzte, der nicht für Veränderungen offen ist. – Aber wer soll Ihnen das noch glauben?

Sie haben doch nahezu alle Bedenken im gesamten Prozess beiseite gewischt und die Einigung mit den kommunalen Spitzenverbänden über alles gestellt. Dann haben Sie auch noch schlichtweg den Beirat vergessen, den Sie selber berufen haben. Das offenbart, wie sehr frühe Bildung bei Ihnen nach wie vor vom Geld und nicht vom Kind her gedacht wird.

Herr Hafke hat dazu ganz ehrliche Worte gefunden. Sie müssen sich, Herr Kollege Hafke, aber für eine Variante entscheiden: Gibt es Vorschläge oder gibt es keine? – Wenn es Vorschläge gibt, könnten Sie nicht behaupten, sie seien nicht finanzierbar. Sie hätten sie finanzieren können, Sie haben 11 Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Das hätte locker ins Budget gepasst.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Aber stattdessen verkaufen Sie dieses Gesetz als politische Jahrhunderttat und reagieren ganz beleidigt, wenn es nicht ausreichend gewürdigt wird. Aber es sorgt eben nicht für den von Ihnen propagierten Qualitätssprung.

Sie fragen immer wieder ganz treuherzig, wie das denn bei so viel Geld sein könne. Viel ist eben relativ. Die Erklärung ist einfach: Wenn man eine Lücke schließt, schließt man eine Lücke. Nicht weniger, aber auch nicht mehr.

Mehr Qualität durch mehr Personal wird es nicht geben; das haben Ihnen alle vorgerechnet – schwarz auf weiß. Man kann das aber auch weiterhin standhaft ignorieren.

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Dabei geht es auch nicht um Maximalforderungen der Träger, wie Sie es einmal an diesem Pult formuliert haben. Sie haben es heute wiederholt, Herr Minister Stamp. Die Kirchen fordern – das hat der Herr Ministerpräsident gesagt – eben nicht immer mehr, als sie wirklich brauchen.

So geht man mit den Partnern in der frühkindlichen Bildung einfach nicht um. Sie haben sich benommen wie zwei Elefanten im Porzellanladen.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der FDP: Oh!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch auf einen Punkt kommen, der die Menschen in den Einrichtungen vor Ort wirklich umtreibt. Es geht um die von Ihnen versprochene Flexibilisierung.

Weil Sie das immer gerne gleichsetzen: Nein, es geht im Moment nicht um die bedarfsgerechte Ausweitung von Öffnungszeiten. Sie können es noch so verharmlosen und uns Panikmache unterstellen – das haben Sie im Ausschuss ja getan –, aber das geschriebene Wort entlarvt Sie. Künftig – so steht es ja im Gesetz – können Betreuungszeiten unterschiedlich auf die Tage verteilt sein.

Wie stellen Sie sich das eigentlich vor? Welchen Organisationsaufwand wollen Sie den Kita-Leitungen eigentlich noch zumuten? Was macht das eigentlich mit den Kindern und mit der Beziehungsarbeit? Wo bleibt der Anspruch an die Bildung bzw. die Qualität in der frühkindlichen Pädagogik?

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Das wirklich Schlimme ist, Herr Hovenjürgen: Sie wissen am Ende ganz genau, dass das nicht gelingen kann, nicht in diesem System mit Pauschalen und Buchungszeiten. Aber darum geht es Ihnen auch eigentlich gar nicht.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sie machen ein Versprechen, das Sie nicht halten müssen, denn Sie laden das bei den Kommunen und bei den Trägern ab und schaffen damit Konflikte vor Ort. Sie müssen ja selbst nicht erklären, warum auch künftig nicht jeder kommen und gehen kann, wie er will wie in einem Taubenschlag.

Aber vielleicht – das mag ja sein – haben alle Kritikerinnen und alle Kritiker schlichtweg keine Ahnung; das hat der Kollege Moritz ja gestern bei den Haushaltsberatungen auch hier noch einmal gesagt. Ich darf zitieren – ich habe das sehr genau mitgeschrieben –:

„Wer hier den großen Sprung der Landesregierung nicht erkennt, kennt sich mit dem Thema in etwa so gut aus wie ein Sumoringer mit dem Weitsprung. (...) Wer sagt, das KiBiz sei keine große Leistung, ist fachfremd (...).“

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Da klatschen die Fachfremden von der CDU! Da trauen sich die eigenen Familienpolitiker nicht, zu klatschen!)

– Da kann man auch mal klatschen. Aber dieser Satz ist ein Schlag ins Gesicht der Eltern und der Erzieherinnen und Erzieher,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

die zu Zehntausenden unterschrieben haben, die hier auf den Rheinwiesen gestanden und wirklich sehr deutlich darum gebeten haben, zu erheblichen Nachbesserungen zu kommen. Das kann man so machen. Also: alle fachfremd.

Aber vielleicht sind Sie auch einfach nur der Wirklichkeit entrückt. Viel besser kann man die eigene Arroganz und Selbstzufriedenheit, die eigene Hybris hier nicht dokumentieren, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration)

– Sie können noch so viel dazwischenrufen, wie Sie möchten, Herr Dr. Stamp.

Wenn Sie glauben, mit der Verabschiedung des KiBiz könnten Sie einen Haken auf Ihrer To-do-Liste machen, wird Sie die Wirklichkeit schon sehr bald einholen. Das werden Sie erleben, denn Sie werden nicht einen weiteren Tag Ruhe haben und weiter nachbessern müssen an diesem nicht ausreichenden Gesetz. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Müller. – Für die FDP-Fraktion hat sich Herr Hafke noch einmal zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der SPD traue ich beim Thema „Haushaltsberechnungen“ überhaupt nicht mehr. Sie haben über Jahre hinweg verfassungswidrige Haushalte auf den Weg gebracht und ballern jetzt hier einfach irgendwelche Zahlen rein.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Das ist unseriös und populistisch.

Ich will das noch einmal sagen: Ich bin jetzt seit zehn Jahren in dem Thema unterwegs. Die Sachkosten waren in den letzten zehn Jahren nie ein Thema. Es ging immer um die Personalkosten, die nicht auskömmlich sind, und die finanzieren wir jetzt gegen.

Ich will das noch einmal zur Präzisierung sagen: Die Mittel für die Personalkosten werden jetzt um 15 % angehoben. Bei den Sachkosten sprechen wir über eine Verdoppelung der Forderung, die im Raum steht.

Unseriös ist, dass Sie diese Forderung einfach annehmen, anstatt mal vernünftig zu hinterfragen, ob das der Fall ist oder nicht. Deswegen beleuchten wir

das ja seit zwei Jahren und werden das in Zukunft auch machen, wie die Situation in Nordrhein-Westfalen aussieht.

Ich will das noch einmal in der Klarheit sagen: Sie haben es in den letzten sieben Jahren nicht geschafft, überhaupt dieses System auf vernünftige Beine zu stellen. Deswegen hat es überall in der Kit-Landschaft gebrannt.

Wir haben jetzt zum ersten Mal die Situation, dass wir dieses Feuer löschen, Qualitätsverbesserungen voranbringen, Auskömmlichkeit finanzieren und gleichzeitig Beitragsfreiheit in diesem Land organisieren. Deswegen ist das ein Riesenschritt, aber nicht der letzte Schritt in einer frühkindlichen Bildung. Das müssen Sie anerkennen. Ich glaube, das können die Menschen ab dem 01.08. nächsten Jahres tatsächlich auch in Nordrhein-Westfalen spüren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Hafke. – Jetzt hat sich für die SPD noch einmal Herr Dr. Maelzer zu Wort gemeldet. Bitte, Herr Dr. Maelzer.

(Henning Höne [FDP]: Kampmann hätte ich auch gerne gehört!)

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Herr Präsident! Ich freue mich über die Begrüßung der CDU-Fraktion. Als Ihr Redner gesprochen hat, waren Sie noch zu elft, jetzt sind Sie vollzählig. Das ist ja vielleicht auch ein gutes Zeichen.

(Beifall von der SPD)

Nachdem sich Herr Hafke in seinem Wortbeitrag eben von jedem fachlichen Anspruch losgesagt hat, wollen wir an der Stelle vielleicht doch noch einmal intensiver einsteigen.

Der Minister hat eben davon gesprochen, dass Trägervielfalt dieser Regierung heilig wäre. Ich glaube, diese Aussage ist vor allen Dingen scheinheilig, denn sonst wären Sie im gesamten Prozess nicht so mit den freien Trägern umgegangen.

(Beifall von der SPD)

Zu behaupten, die ganze Kritik und die Sorgen, die formuliert werden, dass wir massenhaft Träger verlieren werden in diesem Land, sei einfach nur ein Pokern um mehr Geld wie in Tarifverhandlungen, wo man die Ergebnisse ein bisschen hochtreiben müsste, ist eine Beschimpfung der freien Träger sondergleichen. Sie ist – dieser Regierung vielleicht schon, aber – der Politik in Nordrhein-Westfalen nicht würdig.

(Beifall von der SPD)

Genauso scheinheilig ist doch die Platzausbaugarantie, die Sie vor sich hertragen, weil Sie wissen, dass fast jede Kita heutzutage nicht mit Investitionsmitteln, sondern über Mietpauschalen refinanziert wird. Bei den Mietpauschalen machen Sie nichts. Kein Cent kommt da drauf.

Darum stockt in Zukunft der Kita-Ausbau weiter, und jeder Platz, der in Zukunft nicht geschaffen wird, ist ein Platz, der auf Ihre Kosten geht.

(Beifall von der SPD)

Ich habe mich gefreut sowohl über die Aussage des Ministers als auch von Herrn Hafke, dass Sie morgen gerne noch intensiver über die SPD-Vorschläge reden möchten. Das ist ja wunderbar.

(Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Zweite Lesung!)

– Morgen haben wir die dritte Lesung.

(Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Die zweite Lesung!)

Da sollten wir uns dann wirklich konzentrieren auf Vorschläge, die in die Zukunft weisen. Das können wir dann morgen machen. Ich sage Ihnen: Bring it on. Wir werden da sein und die entsprechenden Forderungen stellen.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der FDP: Oh!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Dr. Maelzer. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit sind wir am Schluss der Aussprache.

Wir kommen jetzt zu folgendem Vorgang: Die SPD-Fraktion hat eine dritte Lesung des Gesetzentwurfs beantragt. Nach § 78 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung findet eine dritte Lesung auf Antrag einer Fraktion oder eines Viertels der Mitglieder des Landtages statt.

Der Antrag muss vor Schluss der Beratung der zweiten Lesung schriftlich beim Präsidenten eingereicht werden. Diese Voraussetzungen sind gegeben.

Gemäß § 78 Abs. 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung kann die dritte Lesung unmittelbar nach Abschluss der zweiten Lesung erfolgen, wenn nicht eine Fraktion oder ein Viertel der Mitglieder des Landtags widerspricht. In diesem Fall findet die dritte Lesung frühestens am nächsten Sitzungstag statt.

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom heutigen Tag der Durchführung unmittelbar im Anschluss an die zweite Lesung widersprochen.

Deshalb kommen wir heute nur zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/6726 – Neudruck – in zweiter Lesung.

Die Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf findet dann gemäß § 78 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung am Schluss der dritten Lesung statt. Im Anschluss daran stimmen wir auch über die Entschließungsanträge ab.

Stimmen wir nun also ab über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/6726 – Neudruck – in zweiter Lesung. Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend empfiehlt in Drucksache 17/7934 – Neudruck –, den Gesetzentwurf Drucksache 17/6726 – Neudruck – in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer also stimmt der Beschlussempfehlung zu? – CDU und FDP stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und AfD stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Die sehen wir nicht. Die Koalitionsmehrheit reicht aus, und der **Gesetzentwurf Drucksache 17/6729 – Neudruck** – ist damit **in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses in zweiter Lesung ...**

(Beifall von der CDU und der FDP)

– Ihr klatscht zu früh. Ich muss ja noch „**angenommen**“ sagen. Jetzt könnt ihr klatschen; dann ist es so, wie es sein soll.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich rufe auf:

4 Sachleistungen statt Geldleistungen für Asylbewerber und Ausreisepflichtige in Landeseinrichtungen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7905

Es spricht dazu für die AfD-Fraktion Frau Walger-Demolsky.

(Zahlreiche Abgeordnete verlassen den Saal – Andreas Keith [AfD]: Wir warten ab, bis sich der Saal geleert hat!)

Gabriele Walger-Demolsky (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Schade, Frau Wermer, ich war so gespannt, wie insbesondere eine stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Union es gleich geschafft hätte, den Antrag der AfD in gewohnter Weise zu diskreditieren. Schade.

Immerhin hat die Junge Union am letzten Wochenende auf dem CDU-Bundesparteitag einen ähnlichen Antrag gestellt. Dass dieser Antrag von der Jungen Union von Ihrer Programmkommission mit Blick auf